

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3
Telefon: Dönhofs 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Telefon: Dönhofs 292 - 297

Der „Zollernprinz“ von Gotha.

Die blamierten Monarchisten. - Verhandlung in Köln.

Köln, 11. Juli. (BDZ.)

Vor dem erweiterten Kölner Schöffengericht begann heute vormittag 9 Uhr der Prozeß gegen Harry Domea, den „falschen Prinzen“. Wegen des starken Andranges von Publikum und Presse mußte die Verhandlung im letzten Augenblick in den großen Schwurgerichtssaal verlegt werden, denn der ursprünglich vorgesehene Verhandlungsraum hätte das Publikum nicht fassen können.

Der Angeklagte Domea macht einen sicheren, ruhigen und gefassten Eindruck. Mit leiser, aber deutlicher Stimme gab er auf die Fragen des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Neuwinger, Antwort. Die Verhandlung setzte sofort recht lebhaft ein. In ziemlich scharfen Worten protestierte der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt von der Heyden, gegen die Vernehmung des Polizeirats Buzi als Zeugen. Rechtsanwältin von der Heyden verlangte, wenn Buzi als Zeuge vernommen werde, müßten auch eine Anzahl Herren aus Heidelberg und Mitteldeutschland vernommen werden, die nachweisen würden, daß das von Polizeirat Buzi ausgenommene Protokoll Unrichtigkeiten enthalte. Daraufhin wurde der Zeuge vorläufig von Staatsanwalt Hopp zurückgezogen. Weiter protestierte Rechtsanwalt Dr. von der Heyden gegen den Sachverständigen. Er habe eine anerkannte Autorität zur Beurteilung der Charakteranlagen Domeas verlangt und statt dessen sei ein jüngerer Sachverständiger, der nicht die genügenden Erfahrungen zur Beurteilung des Falles haben könne, vom Gericht bestimmt worden.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung gab Domea eine Schilderung seines Lebens. Er kam dabei auch auf seine Bemühungen, sich Arbeit zu verschaffen, zu sprechen. Er schilderte, wie er nach längerem Bagabundieren bei einem Schriftsteller Arbeit erhalten habe. Vorf.: Warum haben Sie diese Stellung nach kurzer Zeit wieder aufgegeben? Angekl.: Ich hatte mich schon an das Bagabundenleben gewöhnt. Hätte ich bei einer Arbeit beweisen können, was ich leiste, so hätte mir das Freude gemacht. Aber die untergeordneten Botendienste, die ich besorgen sollte, machten mir keine Freude. Vorf.: In der Not nimmt man doch jede Arbeit an. Sie fühlten sich aber wohl zu höherem geboren? Angekl.: Vorher hätte ich einfach gearbeitet, um zu leben. Inzwischen hatte ich aber einen tieferen Einblick in die Dinge des Lebens bekommen. Ich hatte auch einen Menschen kennengelernt, der mir an Bildung weit überlegen war, und der auf mich einen sehr großen Einfluß ausübte. Was ich unter dem Einfluß dieser Bekanntschaft auf der Straße bemerkte, das wurde mir näher gebracht in der reichhaltigen Bibliothek des Schriftstellers, die ich benutzen durfte.

Der Vorsitzende wirft Zeichner hinaus.

Hier kommt es zu einem Zwischenfall. Der Vorsitzende bemerkt, daß am Prettisch gezeichnet wird. Er läßt daraufhin den Zeichner durch den Justizwachtmeister aus dem Saale führen und gibt Anweisung, daß er nicht wieder eingelassen wird. Als der Zeichner darauf aufmerksam machen will, daß er zugewiesen ist, schneidet ihm der Vorsitzende barsch das Wort ab. Verteidiger v. d. Heyden: Ich bitte, einen Gerichtsbeschluss darüber herbeizuführen. Vorf.: Nein, ich führe die Vernehmung fort. Sie haben zu einem solchen Antrag kein Recht, höchstens der betreffende Herr. Verteidiger: Den haben Sie ja hinausgeführt lassen. Ich beantrage einen Gerichtsbeschluss darüber, ob das Gericht die Ausweisung des Zeichners aus dem Saale billigt. Der Vorsitzende fährt dann in der Vernehmung des Angeklagten fort.

Des Schwindelprinzen Werdegang.

Der Angeklagte Domea schildert, wie er nach dem Fortgang von dem Schriftsteller zunächst verlustig hat, durch die baltischen Hilfskomitees eine angemessene Arbeit zu erhalten. Woran mein dauernder Mißerfolg lag, das wurde mir bei einem Erlebnis in Hamburg klar. Der Leiter der dortigen Hilfsstelle begrüßte mich mit ausgefuchter Höflichkeit, als Herr von Thünen. Als ich ihn aufklärte, daß ich einfach Domea heiße, änderte sich sein Ton überraschend, und er erklärte, nichts für mich tun zu können. Es war ja allgemein bekannt, daß für einen baltischen Baron überall Hilfe und Unterstützung vorhanden war, während der Bürgerliche überall auf Ablehnung stieß. Daraus zog ich meine Lehren. Ich ernährte mich zunächst in Berlin davon, daß ich in Restaurants gegen ein paar Mark mehr oder weniger ähnliche Porträts der Gäste zeichnete. Ich lernte dann einen Herrn von Bahlsied kennen, von dem ich später erfuhr, daß er ein Schwindler war. Er veranlaßte mich, für einen Flugsportverband zu sammeln und bewilligte mir 20 Proz. des Ertrages. Ich wurde aber mißtrauisch und fragte Herrn v. Thuhud vom Aero-Club, der mir sagte, daß die Sache Schwindel sei. Ich gab ihm die Listen, fand aber später zu Hause noch mehrere Listen, die ich vergessen hatte. Als ich nachher in Rot war, sammelte ich mit diesen Listen Geld. Der Ertrag hatte aber kaum 100 Mark erreicht. Ich nannte mich damals Graf Bohlen. Das war das Ergebnis der schlechten Erfahrungen, die ich unter meinem bürgerlichen Namen gemacht hatte. Der Vorsitzende erinnert daran, daß der Angeklagte damals in Potsdam wegen eines Betruges an einem Chauffeur verurteilt wurde. Domea erwidert, das sei ein Fehlspruch, tatsächlich habe der Chauffeur ihn betrogen, indem er vielmehr Kilometer berechnet, als tatsächlich gefahren waren. In Berlin war Domea später bei einem Dr. Pape in Stellung. Er trat damals als Baron von Korff auf. Während einer Reise Dr. Papes erzählte Domea der Sekretärin Fräulein Jakob, sein Freund Graf Meerfeld sei schwer erkrankt. Ich hatte, so erklärt

Domea, tatsächlich damals einen Bekannten, dem es schlecht ging. Schließlich bot mir Fräulein Jakob 150 M. an, mit denen ich nach Dresden fuhr. Als mir das Geld ausging, telephonierte ich nach Berlin, der Freund sei gestorben und erhielt weitere 100 M. von Fräulein Jakob.

In Dresden wohnte Domea im „Europäischen Hof“, wo infolge mangelnder Geldmittel die Hotelrechnung in Höhe von 57,95 Mark unbezahlt blieb. Dr. Pape stellte mich nachher zur Rede, und ich gestand ihm, worauf ich sein Haus verlassen mußte. Er sagte aber noch ausdrücklich, daß er mir keine Schwierigkeiten mit der Polizei machen wolle und die 250 Mark als Belohnung für meine Tätigkeit bei ihm ansehen wolle. Domea wurde dann in Potsdam Zigarettenreisender. Im Winter, so fährt der Angeklagte fort, konnte ich mit meinem Rade nicht vorwärts kommen. Das Geschäft ging schlecht, und mein Chef drohte mir mit Entlassung. Ich griff nun zu meinem alten Mittel und nannte mich von der Reda.

Sofort änderte sich meine Lage, ich wurde in Potsdam überall mit offenen Armen empfangen.

Man kaufte mir nicht nur Zigaretten ab, sondern lud mich auch ein. (Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Der französisch-deutsche Vertrag verzögert. Ergebnislose Verhandlungen.

Paris, 11. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonnabend hatte man im französischen Handelsministerium den Eindruck, daß der Abschluß eines vorläufigen Handelsabkommens zwischen Deutschland und Frankreich bevorstehe; man hatte sogar geglaubt, daß das Abkommen in einer Sitzung am Sonntagvormittag unterzeichnet werden könne. Dieser Optimismus hat sich nicht bestätigt. Die beiden Delegationen hielten am Sonnabendabend noch einmal eine Sitzung ab, die zunächst bis 1 Uhr morgens dauerte. Inzwischen hatten die deutschen Delegierten neue Instruktionen aus Berlin vorgelegt, auf die die französische Delegation, wie erklärt wird, nicht eingehen konnte. Trotzdem die Sitzung bis 6 Uhr morgens andauerte, war es unmöglich, zu einer Einigung zu gelangen. Handelsminister Bokonowski begab sich dann sofort zum Ministerpräsidenten, um ihn über den Stand der Verhandlungen zu unterrichten. Gleich darauf empfing er die Vertreter der Presse und erklärte, daß es trotz aller Bemühungen auf beiden Seiten nicht gelungen sei, ein Abkommen zu erzielen. Die französische Delegation sei in ihren Zugeständnissen so weit als möglich gegangen. Die Ursachen für das Scheitern lägen zum Teil darin, daß mehrere Mitglieder der deutschen Delegation seit einigen Tagen erkrankt seien, darunter auch der Führer, Dr. Posse, und die andern von Berlin veränderte Instruktionen erhalten hätten. Der Handelsminister schloß mit der Erklärung, daß es nach seiner Auffassung kaum möglich sein werde, vor Abschluß der gegenwärtigen Session der französischen Kammer am 14. Juli zu einem Handelsvertrag mit Deutschland zu gelangen.

Gegenüber den Mitteilungen Bokonowskis versichern die deutschen zuständigen Stellen, daß die Schuld am Abbruch der Verhandlungen nicht auf deutscher Seite liege. Die Unterhändler Deutschlands hätten keinerlei neue Instruktionen in letzter Zeit erhalten, die Linie ihrer Vorschläge und ihres Vorgehens bei den Unterhandlungen sei bis zum letzten Augenblick dieselbe geblieben.

Sieg der Linken in Finnland.

Die Reichstagswahlen in Finnland haben folgendes Resultat ergeben: Schwedische Volkspartei 24 (1 Mandat Gewinn)
Sammelpartei 30 (Verlust 4)
Fortschrittler 9 (Verlust 8)
Landbund 52 (Gewinn 8)
Sozialdemokraten 61 (Gewinn 1)
Kommunisten 20 (Gewinn 2).

Das Ergebnis stellt einen Kurs nach links dar. Die Regierungspolitik der letzten Jahre, vor der Bildung der jetzigen sozialdemokratischen Regierung Lanner, war stark nationalstisch, worunter besonders die schwedische Minderheit zu leiden hatte, die ein Zwölftel der Gesamtbevölkerung darstellt. Die Niederlage der konservativen Sammelpartei und auch der Fortschrittspartei, die die nationalstische Maßnahme mitgemacht hatte, wird auf die Aufsehnung gegen diese Politik zurückgeführt. Die Stärke des Landbundes ist nicht erstaunlich, da die Landbevölkerung 70 Proz. umfaßt. Man glaubt, daß die jetzige sozialdemokratische Regierung sich mit Unterstützung der Kommunisten und des Landbundes am Ruder erhalten werde.

Irlands Justizminister ermordet.

Eine neue Bluttat des Sinn-Fein.

Der irische Justizminister O'Higgins ist am Sonntag in Dublin durch drei Männer erschossen worden. Das Attentat geschah in ähnlicher Weise wie der Mord an Rathenau: Ausholen des Autos des Ministers durch das Auto der Mörder. Die Attentäter sind entkommen.

Es handelt sich offenbar um einen Racheakt der Sinn-Feiner, der irischen Nationalisten, denen der Ermordete einst nahestand. Später war er zur gemäßigten Richtung übergegangen und in seiner Ministerzeit sollen insgesamt 77 Aufständische hingerichtet worden sein.

Schäkels neuer Stoß.

Er will trotz Reichstagsbeschlusses Gebührenerhöhung erzwingen.

Der Reichspostminister hat seinem Verwaltungsrat sieben neue Vorlagen über die Erhöhung der Post-, Postschek- und Telegraphengebühren unterbreitet und den Arbeitsausschuß des Verwaltungsrats zur Vorberatung zum 18. Juli einberufen. Das Plenum des Verwaltungsrats soll am 22. Juli tagen, so daß, wenn dieser den Vorlagen zustimmt, die Erhöhung der Gebühren am 1. August in Kraft treten sollen.

Die Vorlagen lehnen sich im allgemeinen an die Beschlüsse des Verwaltungsrats über die Vorlagen vom Mai an. Darüber hinaus bringen sie eine Erhöhung auch der Gebühren für Pakete und den Zeitungsvertrieb.

In der Begründung wird gesagt, daß mit den Vorlagen einer Entschließung des Verwaltungsrats entsprochen wird, die dieser nach der Zurückziehung der früheren Vorlagen gefaßt hat. Das mag richtig sein. Wir vermessen aber, daß der Reichspostminister der Willkür und Gebührenerhöhung in gleicher Weise Rechnung trägt. Der Reichstag hat bekanntlich den Beschluß gefaßt, den Postminister zu ersuchen, die Gebührevorlage zurückzuziehen. Dies hat der Postminister auch getan. Damit hätte die Sache zunächst auch erledigt sein müssen.

Es heißt den Beschluß des Reichstags auf den Kopf stellen, wenn der Minister die Vorlage nach so kurzer Frist wieder einbringt. Nichts ist inzwischen geschehen, was dem Postminister hierzu das Recht gäbe. Der Beschluß des Reichstags besteht nach wie vor unverändert fort. Kein Anzeichen ist dafür vorhanden, daß der Reichstag seine Meinung über die Erhöhung der Postgebühren irgendwie geändert hat. Im Gegenteil sind die ablehnenden Äußerungen in der kürzlich stattgehabten Aussprache im Haushaltsausschuß des Reichstags über Postangelegenheiten in verstärktem Maße wiederholt worden. Und nicht eine einzige Stimme hat sich erhoben, die den Postminister zur sofortigen Wiedereinbringung der Vorlage ermunterte. Wäre es anders gewesen, so hätten die Regierungsparteien es sicher nicht verkümmert, dies in einer Entschließung zum Ausdruck zu bringen. Man hat es aber nicht getan, weil die Stimmung ganz allgemein gegen eine Gebührenerhöhung im jetzigen Augenblick ist. Wenn der Reichspostminister trotzdem geglaubt hat, seine Vorlagen wiederholen zu sollen, so kann man dies nur als eine Brüstung des Reichstags auffassen, die selbstverständlich nicht ohne Folgen bleiben wird.

Gewiß liegt die Entscheidung über die Gebührenerhöhung formell beim Verwaltungsrat der Reichspost, jedoch in allen Parteien besteht kein Zweifel darüber, daß der Reichstag mindestens ebensoviel Rücksichtnahme zu beanspruchen hat wie der Verwaltungsrat. Falsch ist es, wenn sich der Verwaltungsrat für „souverän“ erklärt, wie es vorgekommen ist, und glaubt, tun und lassen zu können, was ihm beliebt. So liegen die Dinge denn doch nicht. Genosse Dr. Hilferding hatte vollkommen recht, als er diese Selbstüberschätzung des Verwaltungsrats mit dem Hinweis beantwortete, daß die einzig und allein der Reichstag als die Vertretung des deutschen Volkes souverän ist. Dem deutschen Volk gehört die Reichspost und nicht dem Verwaltungsrat. Und der Reichstag ist schließlich doch derjenige, der helfend eingreifen muß, wenn die Dinge einmal schief gehen. Auch nur ihm und nicht dem Verwaltungsrat ist der Reichspostminister verantwortlich. Jederzeit könne er auch das Reichspostfinanzgesetz und damit den Verwaltungsrat aufheben. Die Stellung des Verwaltungsrats wird am besten als die einer vom Reichstag beauftragten Hilfsinstitution gekennzeichnet, wie Genosse Schumann-Frankfurt a. d. O. es getan hat.

Das diese Auffassung auch in anderen Parteien geteilt wird, beweisen am besten die Äußerungen der Abg. Dr. Quack (Dtn.) und Dr. Cremer (D. Sp.). Dieser nahm allein für den Reichstag das Recht in Anspruch, die Höhe der Ablieferung der Reichspost an das Reich festzusetzen, während jener auf die letzte Verantwortlichkeit des Reichs hinwies, von der es auch durch das Reichspostfinanzgesetz nicht befreit werde. Wenn das Reich und somit der Reichstag aber die alleinige ausschlaggebende Verantwortung trage, so sei selbstverständlich, daß er auch bestimmend mitzureden habe. Auch die Tatsache, daß diese beiden Abgeordneten die Anregung gaben, den Reichspostminister mit einer vollständigen Durchprüfung der Postverwaltung zu beauftragen, und der Postminister sich dem widerspruchslos fügte, bezeugt, daß der Reichstag die letztlich maßgebende Instanz für die Reichspostverwaltung ist. Deshalb durfte erwartet werden, daß der Reichspostminister den Willen des Reichstags respektiert, auch wenn dieser sich vertagt hat.

Erschwerend fällt ins Gewicht, daß die deutsche Reichsbahn verschiedene Personen- und Gütertarife um zusammen 70 Millionen Mark gekürzt hat. Will der Reichspostminister diese Tendenz mit seiner Gebührenerhöhung zunichte machen?

Daß die Erhöhungen jetzt nicht notwendig sind, ist von den verschiedensten Seiten und so oft dargelegt und nachgewiesen worden, daß wir es uns verlagern können, die Gründe nochmals aufzuzählen. Der Postminister bleibt aber unbelehrbar. Er erklärt, Anleihen nicht bekommen zu können, und verschanzte sich dabei hinter den Reichsbankpräsidenten, nicht einer der führenden Wirtschaftler im

Reichstag, ja nicht einmal der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius teilt diese Meinung.

Doch man will bei der Post im Grunde ja gar keine Anleihen haben, weil man eben nicht zu wirtschaften versteht. Wenn die Begründung zur jehigen Vorlage sagt, dass man zur Investierung für neue Fernsprechanlagen, für Bauten als Substanzvermehrung und für Bahnpostwagen, Kraftwagen usw. im Gesamtbetrag von jährlich 150 Millionen Mark keine Anleihen aufnehmen dürfe, so beweist dies nur unsere Behauptung. Es gibt kein Anlagegeschäft, das sicherer wäre, als die Investierung von Anleihekaptal in neuen Fernsprechanlagen. Diese rentieren und amortisieren sich glänzend. In ausländischen Telephonverwaltungen, die ihren Betrieb vollständig automatisiert haben, sind die Einnahmen derart groß, daß sie nicht wissen, wohin mit dem Geld, und zu einer Gebührenerhöhung nach der andern schreiten. Die Deutsche Reichspost dagegen behauptet, daß sich Ersparnisse aus dem automatisierten Telephonbetrieb erst nach vielen, vielen Jahren ergeben werden. Zunächst koste die Sache noch unheimlich viel Geld, und dies müsse aus den laufenden Einnahmen genommen werden.

Der Kernfehler der Reichspost ist, daß sie in ihrer Spitze keinen Menschen hat, der wirtschaftlich denken und handeln kann. Die Beamten des Postministeriums mögen brave Menschen und auch gute Beamte sein; es sind und bleiben aber eben Beamte und Bürokraten. Da gibt es eine große Wirtschaftsabteilung mit einem Ministerialdirektor an der Spitze und acht oder mehr Referenten. Was die Herren bis jetzt zusammengewirtschaftet haben, erfährt kein Mensch. Wesentlich erscheint nur die Wirtschaftsbeilage einer amtlichen Postzeitschrift, in der man die Arbeit der Herren in der Zusammenstellung von Wirtschaftsmeldungen der Tagespresse bewundern kann! Unvergesslich wird bleiben, als der Finanz- und Geldminister des Postministeriums seinerzeit einmal erklärte, daß er über Banken, Firmen und Kreditwesen überhaupt keine blasse Ahnung habe, weil er als Beamter mit derartigen Dingen keine Berührung gehabt habe.

Deshalb ist es die allerhöchste Zeit, daß die ganzen Finanz- und Wirtschaftsfragen der Post in andere und sachverständige Hände gelegt werden. Die bisherige Wirtschaft geht nicht mehr so weiter. Die leitenden Beamten der Reichspost stellen ein Programm auf, daß ihren Reigungen und Plänen entspricht, und das muß durchgeführt werden, gleichviel woher das Geld kommt. Ist kein Geld da, so werden die Gebühren erhöht. Das kann jeder andere auch machen. Das ist aber keine Wirtschaft, vor allem keine kaufmännische Wirtschaft. Man hole sich einmal einen routinierten Kaufmann und Finanzsachverständigen ins Haus und sorge dafür, daß die leitenden Beamten seine Arbeit und seine Absichten nicht durchkreuzen, auch wenn er kein Beamter ist, und vielleicht auch nicht Korpsstudent war oder das Abiturium hat.

Man wird nach kurzer Zeit sehen, daß es auch anders geht. Es scheint uns, daß jetzt der geeignete Augenblick hierzu gekommen ist. Natürlich gehört ein starker Wille und eine starke Hand dazu. Wenn aber der Postminister, dem all die unerquicklichen Dinge eigentlich nicht zur Last fallen, der vielmehr eine vollkommen verfahrenere Sache als böses Erbe übernommen hat und ausbaden muß, die Energie, die er jetzt dem Reichstag glaubt zeigen zu müssen, seinen leitenden Beamten gegenüber ausbringt, so könnte er die Dinge noch reiten, ohne daß große Gebührenerhöhungen notwendig werden.

Das Reichspostfinanzgesetz muß aber schleunigst und gründlich revidiert werden.

Ein geplakter 10-Millionen-Schwindel. Selb-kommunistisches Zusammenspiel.

Am 9. Juli hielt der Kommunist Roenen im Reichstag eine Rede, in der er seine Partei als die einzig zuverlässige Oppositionspartei bezeichnete und gegen die Sozialdemokratie die bekannten

Beschuldigungen erhob. Da kam ein Ruf von rechts: „Dafür haben sie auch 10 Millionen bekommen.“ Roenen griff diesen Zuruf begierig auf, unterstrich ihn und bat den Zwischenrufer um nähere Angaben, die allerdings ausblieben. Am Tage darauf stellte dann Genosse Ludwig im Reichstag fest, daß ihm als sozialdemokratischer Parteiführer von den 10 Millionen, die die Partei von der Regierung bekommen haben sollte, nicht das allergeringste bekannt sei.

Run meldet sich der Zwischenrufer in der „Deutschen Tageszeitung“ zum Wort. Es ist kein anderer als der bekannte Führer der Gelben und deutschnationale Abg. Johannes Wolf. Er stützt die 10 Millionen-Geschichte dahin auf, daß es nicht die Sozialdemokratie sondern die Gewerkschaften seien, die die verschiedenen Millionen bekommen haben sollen. Da aber „Sozialdemokratie und Gewerkschaften eins“ seien, kommt das nach seiner Meinung auf dasselbe hinaus.

Um was handelt es sich? Um nicht mehr und nicht weniger als um eine Hilfsaktion der Regierung für Arbeiter an Ruhr und Saar, die durch die stürmischen Ereignisse der letzten Jahre wirtschaftlichen Schaden erlitten haben. Die Durchführung dieser Hilfsaktion ist den Gewerkschaften aller Richtungen anvertraut, die Hilfeleistung erfolgt ohne Rücksicht darauf, ob der Geschädigte irgendeiner Organisation angehört oder nicht. Die Gewerkschaften haben vom Ganzen nichts als die Verwaltung.

Dagegen stänkert nun der Herr Wolf, dem es natürlich lieber wäre, wenn die Hilfsgelder den Gelben übergeben würden — nun das ist die ganze Geschichte an der Korruptionierung der Sozialdemokratie mit 10 Millionen Mark.

Nicht immer ist es möglich, einen Schwindel so rasch und so reslos aufzuklären. Trotzdem darf man Gift darauf nehmen, daß unsere Gegner bei den nächsten Wahlen weiter mit ihm haufen werden.

Wem nußt der Bürgerblock? Ein Geständnis.

In einem Leitartikel würdigt das führende Organ der Großagrarien, die „Deutsche Tageszeitung“, die Verabschiedung der neuen Zollvorlage mit folgenden Worten:

Auch das jetzt vorliegende Ergebnis wäre schwerlich für die Landwirtschaft erreicht worden, wenn nicht die Deutschnationale Volkspartei und insbesondere noch der Reichsernährungsminister Schiele mit einer Klarheit und Festigkeit die Lebensinteressen der Landwirtschaft vertreten hätte, die Anerkennung und Dank verdienen. Wir machen diesen Hinweis niemandem zuleide und niemandem zuleide; aber wir können und wir müssen als Tatsache feststellen, daß durch den Regierungseintritt der Deutschnationalen für die parlamentarische Stellung der Landwirtschaft eine günstigere Lage geschaffen worden ist, als sie aus sehr naheliegenden Gründen ohne diese politische Wendung vorhanden wäre. Mehr hierüber zu sagen, halten wir im Augenblick nicht für zweckmäßig; um so weniger, als Anlaß zu der Hoffnung gegeben ist, daß bei dem weiteren Zusammenwirken der gegenwärtigen Regierungsparteien das Verständnis für die Landwirtschaft und der Wille, ihr gerecht zu werden, auch in den Teilen des Regierungslagers sich nachhaltig durchsetzen wird, die von Natur der Landwirtschaft und ihren Lebensbedingungen fernher stehen als andere.

Hier ist mit erfreulicher Offenheit gesagt, wo die Ruhestörer der Rechtsblockpolitik zu suchen sind. Die Großagrarien triumphieren ob ihres Sieges über die Interessen der schaffenden Bauern und der Verbraucher; sie wiegen sich bereits in neuer Hoffnung auf spätere, weitere Zollerhöhungen. Das Volk kann zahlen. Es wird bald einsehen, daß die Rechtsregierung die teuerste ist, die es je gehabt hat. Und dann wird sich die Abrechnung wenigstens lohnen.

Die Internationale der Kriegsteilnehmer. Kongress in Paris. — Aufnahme des Reichsbanners

Paris, 11. Juli. (CP.) Im Palais Luxemburg wurde gestern der internationale Kongress aller Kriegsteilnehmerverbände zur Gründung einer Friedensinternationalen der früheren Frontkämpfer eröffnet. Den Vorhitz führte der Franzose Marcel Héraud, Präsident des Internationalen Frontkämpferbundes. Zu dem Kongress sind Vertreter der Frontkämpferverbände Frankreichs, Englands, Italiens, Belgiens, der Vereinigten Staaten, Polens, Rumäniens, der Tschechoslowakei, Südamerikas, Deutschlands und Österreichs erschienen, dagegen fehlen wenigstens vorläufig Vertreter Ungarns, Bulgariens und der Türkei. In der Eröffnungsrede erklärte Héraud, der Internationale Frontkämpferbund erblicke sein Ideal in der Befriedung Europas. Mit Politik befaße sich der Bund nicht, sondern überlasse dies den Regierungen, doch gehe er von dem Prinzip aus, daß die Friedensverträge nicht durch Gewalt abgeändert werden dürften. Dieses Programm könne von allen ehemals feindlichen Frontkämpfern unterschrieben werden. Die gemeinsam ausgestandenen Leiden hätten zwischen ihnen eine Solidarität geschaffen, die durch noch so große Meinungsverschiedenheiten nicht mehr aus der Welt geschafft werden könnten.

Der Vertreter des Reichsbanners, Crohn, erklärte, daß niemand, der an Unglück und Elend denke, das der Weltkrieg im Gefolge hatte, einen anderen Willen und ein anderes Lebensziel haben könne, als der Welt einen neuen Krieg zu ersparen. Die Kriegsteilnehmer könnten nur den einen Zweck gehabt haben, die Kriegsidee zu töten und der Friedensidee zum Siege zu verhelfen. Aus diesen Gründen müßten die früher feindlichen Lager zusammenarbeiten, um die Mißverständnisse zwischen den Völkern aus der Welt zu schaffen. Dieses Ziel könne aber nur erreicht werden, wenn die Rechte und Freiheiten jedes Volkes anerkannt und respektiert würden. Die deutsche Republik habe nur den einen Wunsch, daß Deutschland in Frieden mit der ganzen Welt lebe und daß Freundschaft zwischen den Völkern herrsche.

Beide Reden wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Darauf wurden die verschiedenen Programmpunkte der Tagesordnung zur näheren Prüfung und Berichterstattung an die Kommissionen verwiesen.

Die Entschliebung gegen die gewaltsame Revision. — Anschließdebatte.

Paris, 11. Juli. (CP.) Der Kongress der früheren Kriegsteilnehmer hat einstimmig folgende Entschliebung angenommen: „Der Kongress ist überzeugt, daß die historische Aufgabe der früheren Kriegsteilnehmer darin besteht, die Völker über die Schrecken des Krieges aufzuklären. Der Kongress, der alle früheren Kriegsteilnehmer umfaßt, erklärt, daß der Respekt vor den Friedensverträgen die fundamentale Grundlage der internationalen Beziehungen darstellt. Demzufolge mißbilligt er jeden Versuch, zu Angriffszwecken zu den Waffen zu greifen.“

Die deutschen Delegierten hatten gegen diese Entschliebung zunächst starke Bedenken geltend gemacht. Das Präsidiumsmitglied des Reichsbundes Crohn erklärte, daß, solange das Rheinland besetzt sei, die Friedensverträge in Deutschland nicht die erwünschten Fortschritte machen können. Der Präsident der österreichischen Kriegsereuerwunden, Brandeis, erklärte, daß 90 Proz. aller Österreicher Pazifisten seien. Dieses Verhältnis wäre noch günstiger, wenn die Länder der Entente sich nicht dem Anschluß Österreichs an Deutschland widersetzen würden. Der Anschluß an Deutschland würde der Sache des Friedens dienen.

Der französische Delegierte Cassin suchte die Bedenken der deutschen Delegierten zu zerstreuen.

Der italienische Delegierte Dezelles protestierte zunächst gegen den Gedanken des Anschlusses Österreichs an Deutschland, unterstützte dann aber den Standpunkt der Deutschen mit Bezug auf die Friedensverträge. Der Fortschritt könne nicht eingedämmt werden. Nach längerer Diskussion erklärten sich die deutschen Delegierten mit der Unterzeichnung der Entschliebung einverstanden.

Heitere Musik.

„Barbier von Bagdad“ und Anna Sagorstaja.

Des Peter Cornelius komische Oper ist von dem tragischen Geschehnis verfolgt, den Besten unter den Zuhörern immer wieder zu gefallen. Da dieses Geschehnis gleichgültig ist einem ehrenhaften Halberföhr, der sich alle Jahre nach dem Ganzen sehnt, so bleibt das Werk selten auf dem Repertoire. Und doch ist der Bagdader „Barbier“ Spiegelbild einer der begabtesten, reinsten, gelochtesten Musikantennaturen, die in Deutschland groß wurden, einziger, lebendiger Beweis, daß Wagners Einfluß auch einmal aufbauend, nicht zerstörend werden konnte. Die Liebe zu dem Meister, durch Vigt noch glücklicher übertragen als durch das eigene Erleben des romantischen Liedkomponisten, hing nicht nur musikalisch, formal, in jeden und pathetischen Bemühungen der Instrumente, im Gesanglichen nach, sie bestimmt auch die Szene. Wer möchte nicht im Wert einmal an die Brügelgen der „Meisterfänger“, an das Lohengrin-Liebesduett, an Elisabeths Hallengruß! Der Humor aber ist Cornelius' eigene, besondere, originale Domäne. Er ist weit entfernt von gallischer Grazie, von allem leicht federnden Esprit, von psychologischer Delikatesse. Er ist deutsch bis in Mark und Knochen, breit, behäbig, lachend, lustig, gespreizt wie dieser köstliche, atemlos schwebende Wulst hatten All Ebu Betar selber. In der Suada dieses Universalgenies liegt der ganze Witz des Stückes, dem als Kontrast sonst nur Variationen beigelegt sind. Die sogenannte Handlung ist so primitiv, daß dem Wert eine Konzentration auf einen einzigen Akt gut täte. Wemade ist die ausgelacht pointenreiche Instrumentierung, selbst wenn sie den Ballast der Witz-Beispielen Ueberarbeitung abgeworfen hat, noch zu dick und schwer für den zerbrochlichen Boden des Stückes. Aber die Heiterkeit des Stoffs überträgt sich auf alle, denen die Lauterkeit der Musiksprache, die Zartheit der Liebeslieder, die Charakteristik der Themen, das Schwebende der Lustspielouvertüre Befall wird. Die Zwischenouvertüre tönte dagegen fortrollend, und der Schluß des ersten Aktes ist weniger komisch, als ein banaler Reizeffekt. Die Neueinstudierung bei Kroll, an das Ende der Saison gestellt, zeigt, wie wenig der „Barbier“ Kassenstück ist. Aber selbst wenn man sich eingeleist fühlt, so bleibt es doch eine Lat, diese komische Oper auf neu reifert zu haben. Leider nimmt das Werk massiver als es gedacht ist. Diese unkomplizierte Lustigkeit liegt ihm nicht. Vor allem hätte das aufstudierte Wert um die Hälfte leiser klingen können. Und auf der Bühne etwa 1/4 Ton höher. Sondererfolg für den Dirigenten nach der zweiten, effektiv hingeleiteten Ouvertüre. Sieber, Walter quälte sich mit seiner Rolle sehr ab, seinem Tenor hört man neben guten Noten die liebe Not des Ringens an. Maria Müller gab ihm gleichsam eine Unterrichtsstunde auf offener Bühne: so leicht, so weich, so tragend, besetzt, innig und herb zugleich muß eine Stimme sein. Helgers hat die Vacher auf seiner Seite, und man freut sich seines quellenden Humors, wenn man sich an die ewig ungedeckten Töne gewöhnt hat. Die Branzell ist von Haus aus nicht lustig und quälend, aber sie tut wenigstens so. Gut disponierte Chöre mischten sich bewegt in das köstliche Treiben. So kam ein schöner Gesamteindruck und eine flotte Stimmung zustande.

Mit wesentlich geringerer Kunst kam wesentlich stärkere Stimmung zustande, als die Russin Anna Sagorstaja Volkslieder von Landsleuten sang. Es war ein Abend des erhöhten Kabarets. Der Schwerpunkt der Leistung liegt bei der Sagorstaja nicht im Gefanglichen. Die Stimme ist ungepflegt, hart, plärrend, brutal. Was aber an Vortrag und Darstellung geleistet wird, ist genialisch. Jede Idee eines Volksliedes, jede Bewegung der Lustigkeit, des Reizens, der Betrunktheit, Ausgelassenheit, Frömmigkeit, Schelmerei erhält ihre besondere Prägung. Auch ohne die Worte zu verstehen, ladt man mit, seufzt, grübelt, denkt, weint. Die Suggestion der Frau ist ungeheuer. Eine russische Poetesse Guilbert. Auch musikalisch war der Abend ein Gewinn, indem neues Volksgut aus Armenien, Kleinasien, aus dem Schatz jüdischer, türkischer, turkmenischer Melodien erschlossen wurde. Der Abend müßte im Winter wiederholt werden, wenn die Gefahr ausgeschlossen ist, daß aus einem russischen Musikabend ein russisches Bad wird. Frau Sagorstaja wurde so hoch gefeiert, wie das Thermometer der Saaltemperatur und des Temperaments der Zuhörer stieg.

Kurt Singer.

Heiße Sommer.

Die „lange Dürre“ von 1911. — Das „Badofenjahr“ von 1540.

Sommer von ungewöhnlich großer Hitze und langer Trockenheit kommen fast in jedem Jahrhundert einmal oder mehrere Male vor. Der heutigen Generation sind noch die Sommer 1911 und 1921 in „warmer“ Erinnerung. Das Jahr 1911 war das Jahr der „langen Dürre“. Es gab wochenlang keinen Tropfen Regen, was zur Folge hatte, daß in den Gärten und auf höher gelegenen Punkten viele Gemüsesorten und Beerentrücker verdorrten.

In jenem Jahre der langen Dürre hatten sich viele Flüsse in träge stehende Rinnsel verwandelt. Bei Dresden war die Elbe in ihrer Breite von über 500 Metern fast ganz ausgetrocknet.

Durch das Verdickern der Elbe im Jahre 1911 bekam man auch das „Hungermännle“ an der alten Elbbrücke in Dresden zu sehen, das zur Erinnerung an eine frühere Dürre wenige Meter über der Flußsohle am Brückenpfeiler angebracht war. Nachdem es jahrhundertlang unter Wasser gewesen war, kam es plötzlich wieder einmal ans Licht des Tages und wurde von der aufs neue ausgetrockneten Menschheit gebührend bestaunt.

Diese „afrikanischen“ Sommer werden aber weit übertroffen vom Jahre 1540, dem „Badofenjahr“. Der Reformator Heinrich Bullinger gibt in seinen Tagebüchern, die die Zeit von 1504 bis 1574 umfassen, eine anschauliche Schilderung von diesem Rekordjahr der Trapsenlone und Trockenheit in unserer Zone. Schon am letzten Februartage setzte starke Sonnenhitze unter einem Himmel von italienischer Bläue ein, und diese Hitze währte 26 Wochen lang, d. h. also bis zum 19. September. In dieser ganzen Zeit regnete es nur sechs mal, und zwar Ende April, Anfang Mai und Ende Juli. Aber niemals regnete es einen ganzen Tag oder eine Nacht hindurch, so kaum eine halbe Nacht lang.

Die Folge dieser in unserem Breitengrad einzigartigen Naturerscheinung zeigte auch eine völlige „Umwertung aller Werte“ in der Vegetation. So gab es im Bonnemons Mai, in dem sonst die

Kirschen meist erst zu blühen pflegen, vollreife Früchte; Birnen und sogar Gerte konnte man auf dem Züricher Markt schon am 18. Juni kaufen. Bullinger erzählt in seinem Tagebuch, daß er selbst gute Trauben Anfang Mai genoss und Anfang August süßen Wein trank. Bereits am 24. Juni war die Ernte schneitreif. Der Ertrag an „überaus köstlichem Wein“ war erstaunlich.

Diesem Segen an Frucht und Wein stand auch hier der Schaden gegenüber, den die lange Hitze und Trockenheit verursachte. Wiesen und Wälder welkten, der Boden bekam Risse, da und dort trockneten die Trauben ein, Baum, Büchlein und Gießbüche hatten kein Wasser mehr. Ueber den Rhein konnte man an etlichen Orten waten, die Mühlen standen still.

Um das Vieh zu retten, mußte in jenem Jahre das Wasser aus Entfernungen von vielen Meilen herbeigehafft werden. Wobdrenner vergrößerten noch die Plage der Bevölkerung. Die angestrichelten Gebäude brannten wie Zunder. So fielen in Tübingen am 21. September 69 Häuser einer Brandstiftung zum Opfer.

Diese infernale Blut dauerte bis in den Oktober hinein, die Trockenheit bis Weihnachten.

Ihr Mitteleuropäer des 20. Jahrhunderts, die ihr an einem Sommertage mit 20 bis 25 Grad Wärme seufzt: „Man schmort heute am lebendigen Leibe“, denkt daran, was die Menschheit im „Badofenjahr“ 1540 hat durchmachen müssen.

H. S.

Die Moralistin im gefährlichen Alter. Der Dreiafter des Biener Sil Bara, „Die Frau von vierzig Jahren“ ist, obwohl er im Lustspielhaus herauskommt, kein Lustspiel, sondern ein von Lebensweisheiten beschwertes Schauspiel. Es behandelt die (uns allerdings nicht unbekannte) Tragik der immer noch schönen, aber alternden Frau, die noch nicht von der Liebe gelöst hat. Bei Sil Bara hat sie eine äußerst komplizierte Seelenverfassung. Sie ist von der fügen Idee besessen, einem 20 Jahre jungen Mann ständig etwas aufzuzwingen, a) ihre Morallehren, b) ihre Liebe, und c) sogar ihre junge Nichte, durch die sie natürlich den Besessenen verliert. Aus welchen Gründen sie, als sie ihr Glück wanken sieht, ausgerechnet das hübsche Mädchen ins Haus holt, ist schon vor drei Jahren, als die „Tribüne“ das Stück herausbrachte, nicht klar gewesen. Die Zeit hat die Sache inzwischen auch nicht aufgeklärt. Die Titelrolle spielt Gertrud de Valstg. Sie ist eine betuliche Hausfrau mit allen Vorzügen einer bleibenden Bürgerin. Da dem Verfasser für die Rolle aber eine mondaine und höchst reizvolle Erscheinung vorgeschwebt hat, so wird das Schauspiel noch unglaublicher als es an sich schon ist. André Mattoni fiel schon damals durch seine jugendliche, forschende Unbeholfenheit auf. Es ist sonderbar, daß er in dieser langen Zeit weder diese Unbeholfenheit verliert noch Sprachkultur gelernt hat. Einen Erfolg auf der ganzen Linie erzielte dagegen Vera Sideliski mit ihrer Munterheit, Frische und ihrem unermüdblichen Plappermäulchen.

Dgr.

Gymnastik und künstlerischer Tanz. Die aus der Italia Klamm-Schule hervorgegangenen Lehrer und Lehrerinnen für Gymnastik und künstlerischen Tanz haben sich durch Förderung der erzieherischen Bedeutung dieser Gebiete und gemeinsamer, inwärtiger Fortschrittsfähigkeit zur Italia Klamm-Gemeinschaft zusammengeschlossen.

Zehntausend fordern ihr Recht! Protestkundgebung im Zirkus Busch.

In einer von vielen Tausenden besuchten Protestkundgebung der Arbeitsgemeinschaft der Liquidationsgeschädigten und Verdrängten, die am Sonntag vormittag im Zirkus Busch stattfand, wurde erneut leidenschaftlicher Protest gegen die Verschleppungsmethoden der Bürgerblockregierung erhoben. Die Stimmung der Erschienenen war derart erregt, daß es mehrfach zu schweren Tumulten kam.

Beheimatet Grasse, der Redner des Bundes der Auslandsdeutschen, wies auf die allgemeine Besserungsklausel in § 1 des Reichsentschädigungsgesetzes hin, die eine anderweitige Regelung der Liquidationsentschädigung nach Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit des Reiches vorsieht. Diese Besserungsklausel war bisher die einzige Hoffnung der Geschädigten. Durch den neuen Entschädigungsentwurf wolle man anscheinend diese Besserungsklausel stillschweigend verschwinden lassen. Geschehe dies, so bedeute es einen schweren Vertrauensbruch. Die Geschädigten verlangten nichts als ihr Recht. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Gitz, wies unter stürmischen Zurufen der Verammelten auf die wachsende Erbitterung der Geschädigten hin, die sich namenlos betrogen fühlten. Herr Bacht beleuchtete die finanzielle und wirtschaftliche Seite der Entschädigungsgesetze. Für 10½ Milliarden Schäden verlange man nur 2,8 Milliarden Entschädigung und diese mit verzögerten Zahlungsterminen. Der Regierungsentwurf sehe angeblich nur eine Gesamtsumme von 800 bis 900 Millionen bei langfristigen Zahlungen, jährlich etwa 55 Millionen Mark, vor. Der Redner betonte, daß das Parlament in die Ferien gegangen sei, ohne das Entschädigungsgesetz zu verabschieden. Die Regierung habe nicht Wort gehalten mit ihren Versprechungen.

Für den Hilfsbund der Elb-Lothringer sprach Rechtsanwalt Was tut der Finanzminister, was tut der Herr Reichsinnenminister Dr. Weil, der im Namen des allgemeinen Rechtsempfindens eine menschenwürdige Entschädigung für die Vertriebenen verlange, im Interesse der vertriebenen Vertriebenen?! (Stürmische Zurufe) Wie ist es mit der Gleichheit aller Volksgenossen, Herr Innenminister? (Zurufe: Der liegt die Reichsverfassung nicht.) Wo bleibt der Wirtschaftminister? (Der hat Schuhschollger!) Es ist ein ungläublicher Skandal, daß man die berechtigten Ansprüche von Hunderttausenden derart mit Füßen tritt.

Nach Herrn Bume vom Verein „Wiederaufbau im Auslande“ gab Bundesdirektor Glühel vom Ostbund Einzelheiten der Vertriebenen an. Schnellste Hilfe sei notwendig, um die Geschädigten vor dem Ruin zu schützen. Die zustimmende Erregung der Versammlung schwillt zeitweise so an, daß der Redner nur schwer weiterreden kann.

In der Diskussion sprach der Gouverneur a. D. Dr. Schnee von der Deutschen Volkspartei, der mehrere Juristen wie „Gehen Sie doch zu Wilhelm“ und „Sagen Sie das Ihrem Parteifreund Curtius“ einreden mußte. Beim Kommunisten Höllein, der die Schuld der Bürgerblock an der Entschädigungsverschleppung feststellte, gab es Beifall und mächtigen Applaus. Eine etwas hysterische Frau mußte durch Polizeibeamte entfernt werden. Schließlich sprach noch Th. Heuß von den Demokraten. Eine Entschädigung, die die Forderungen der Vertriebenen zusammenfaßt, wurde angenommen und nach Schluß unter drei verschiedenen Fahnen in den Straßen demonstriert.

Die Knochenfunde im Ulap. Eine Erklärung des Genossen Dittmann.

Zu dem kommunistischen Reklamefeldzug mit den Knochenfunden unter dem Stadtbahnbogen teilt uns Genosse Dittmann mit:

Die „Rote Fahne“ behauptet in ihrer Sonntagsnummer, ich hätte bei der Besichtigung der ausgefallenen Schädel und Knochen im Reichstag erklärt, daß ich „zum Teil vor neuen Tatsachen“ stünde. Die Schlüsse, die daraus zu ziehen seien, müsse man sich „vorbehalten“. An dieser Darstellung ist kein Wort wahr! Ich habe im Gegenteil gesagt: „Na, Kinder, die Schädel, die Ihr hier habt, sind älter als zehn bis zwölf Jahre, die sind doch sehr morsch und alt.“ Darauf antwortete die stellvertretende kommunistische Fraktionssekretärin: „So wird verschieden geurteilt; eben war eine Abgeordnete hier, die sagte, dieser Knochen hier sähe noch sehr neu aus,“ worauf ich noch einmal bemerkte, die Schädel wären sicher älter als zehn bis zwölf Jahre. Jemand etwas von „neuen Tatsachen“ und von „vorbehalten“ habe ich überhaupt nicht geäußert. Im übrigen dauerte meine „Besichtigungstätigkeit“ nur zwei bis drei Minuten.

Reichsbundkriegeriedlung Friedrichsfelde.

Der Reichsbund der Kriegsgeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserhinterbliebenen hat als erste Siedlung die in der Verwaltung des Reichsbundes bleibt, am vergangenen Sonntag seine Reichsbundkriegeriedlung Friedrichsfelde geweiht. Die neue Siedlung, die ein erster Beweis für die Wirksamkeit des sozialen Selbsthilfegedankens ist, liegt unweit der großen Querverbindungsstraße, die von Friedrichsfelde nach Karlshorst und dann weiter nach Ober- und Niederschöneweide führt, inmitten freundlicher Gärten mit den hübschen und schmunzigen Sechsfamilienhäusern wie eine kleine gemütliche Stadt für sich. Am Sonntag strahlte diese neue Siedlung im Schmuck von vielen hundert schwarzrotgoldenen Fahnen, eine wahre Augenweide. Schon von weitem hörte man in den bleiern schweren Morgen hinein fröhlich erkundende Markschreien. Es stellte sich heraus, daß es die moderne Lichtenberger Reichsbannerkapelle unter Leitung des Kameraden Timm war, die so erheitlich stimmungsfördernd wirkte. Auch das Lichtenberger Tambourkorps tat sich hervor. Dann eröffnete mit „Krönt den Tag“ der Lichtenberger Arbeiter-Sängerchor „Brüderbund“ unter Leitung des Genossen Fahrmofer den feierlichen Beizehr. Wahrhaft symbolisch wirkte die Liedstunde: „Hier sprach der Frohmann, hier leimt die Tugend!“ Als der Geschäftsführer der Reichsbundkriegeriedlung, Andres, die mit schwarzrotgoldenen Farben geschmückte Rednertribüne bestieg, scharten sich ihm die Banner der erscheinenden Vertretungen aus Reutahn, Bantow, Schöneberg, Westen, Norden 14 und Südost des Reichsbundes. Für die verfassungstreue Einstellung des Bundes ist bezeichnend und aller Anerkennung wert, daß auf keinem der prächtigen Banner die neuen Reichsfarben fehlten. Mit Worten berechtigten Stolzes konnte der Redner die Siedlung weihen. Bietet sie doch 138 Familien ein neues Heim. Es wurden 20 Zweizimmerwohnungen ohne und 60 mit Kammer sowie 40 Dreizimmerwohnungen fertiggestellt. Dazu mußten 1½ Millionen Mark aufgewendet werden. Bei dem Bau ist zum erstenmal in Deutschland die neue holländische Plattenbauweise Bron angewandt worden. Sie gestattet, ganze Hauswände plattenweise zusammenzustellen und sie mittels größerer Krane aufzurichten. Es kostete bei dieser Bauweise die Zweizimmerwohnungen ohne Kammer monatlich 50 M., die mit Kammer 62, die 3½-Zimmerwohnungen etwa 80 M. Sämtliche sehr geräumigen Wohnungen haben auch äußerst geräumige Badezimmer, außerdem Keller, Bodenheizung und Garten. Der eindrucksvollen Feier wohnten Regierungsrat Förster vom Reichsarbeitsministerium, Stadtrat Gräßner vom Bezirksamt Lichtenberg und Genosse Schubarz als Vertreter der SPD-Lichtenberg bei.

Vorläufig 145 Tote in Sachsen. Erhöhung aber nicht ausgeschlossen.

Dresden, 11. Juli (WIB.) Nach amtlicher Feststellung beträgt die Zahl der Toten im Bereich der Amtshauptmannschaft Pirna 113 und im Bereich der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde 32. Insgesamt sind demnach dem Unwetter am vergangenen Freitag im Gottseuba- und Müglitztal 145 Menschen zum Opfer gefallen. Es ist zu hoffen, daß diese Verlustliste keine wesentliche Erhöhung mehr erfahren wird.

In der schwer heimgesuchten Stadt Berggießhübel waren mittag 86 Leichen aufgebahrt. Doch steht die Zahl der Vermissten auch hier noch nicht fest. Es ist leider damit zu rechnen, daß die Menschenverluste in dem gesamten Unwettergebiet die Zahl 100 weit übersteigen werden.

Der Stadtrat von Berggießhübel hat am Sonntag die erste amtliche Liste der bei der Unwetterkatastrophe ums Leben gekommenen Personen aufgestellt. Nach dieser Liste sind bisher 82 Einwohner von Berggießhübel, drei Sommergäste und 8 ortsfremde Arbeiter als tot festgestellt, also insgesamt in Berggießhübel 93 Todesopfer. Doch ist es immer noch nicht ausgeschlossen, daß diese Liste sich noch vergrößert.

Wie die Amtshauptmannschaft Pirna mitteilt, sind bis Sonntagabend in den Ortsschaften ihres Bezirks, in der Hauptsache den Ortsschaften des Gottseuba- und des Seidewitztales, 113 Tote festgestellt worden. Darunter befinden sich auch 10 Tote aus den Ortsschaften des Müglitztales. In Glaschütte sind bis Sonntagabend 18 Tote festgestellt worden, die zu der Pirnaer Zahl noch hinzugezählt werden müssen.

Bis jetzt wurden allein in Berggießhübel 82 Tote geborgen. Drei Sommergäste und acht auswärtige Arbeiter werden noch vermisst. In Gottseuba werden neun Personen vermisst. Gefunden wurden bisher vier. In Beesenstein sind sechs Tote gefunden worden, in Hartmannsdorf zwei Tote, in Pirna drei Tote. In Glaschütte sind bis jetzt acht Tote gefunden, fünf Personen werden noch vermisst. Die Gesamtzahl aller Toten steht noch nicht fest.

Nach Mitteilungen Schönwalder Einwohner, sind dort 26 Häuser teilweise ganz zerstört, teilweise stark beschädigt. Der Dörsengrund ist mit Geröll und starken entwurzelten Bäumen angefüllt. Das Wasser hat Steinblöcke von 17 Zentner Schwere fortgewälzt. Die im Februar abgebrannte und wieder aufgebaute Röhlermühle im Dörsengrund wurde vollkommen zerstört, wobei Mauern von einem Meter Stärke umgelegt wurden. Die schweren Eisenträger wurden von der Flut mit fortgerissen. Das Wirtschaftsgebäude der Meißelmühle wurde ebenfalls mit fortgeschwemmt. Dabei kamen die Ehefrau und ein Kind des Walarbeiters Jakobasch ums Leben. Der Mann selbst wurde auch mit fortgeschwemmt, konnte sich aber retten. Er hat schwere Verwundungen davongetragen.

Foßt ebenso schwer wie Berggießhübel hat der kleine Ort Zwiesel gelitten. Zwei Gebäude sind hier vom Wasser glatt weggeschwemmt, während ein drittes derart zerstört wurde, daß es niedergerissen werden mußte. Auch hier sind sieben Tote zu beklagen, darunter zwei Sommerfischer. Die Zwieselmühle ist bis ins Erdgeschloß verschlammmt.

Leipzig, 10. Juli. (WIB.)

Auch in Westsachsen und den angrenzenden Teilen von Thüringen wütete in den Nachmittagsstunden des Sonnabends ein heftiges Unwetter. Die Flüsse schwellen in kurzer Zeit an und traten über die Ufer. Besonders schwere Hochwasserschäden werden aus dem Gebiete der Zwischauer Mulde gemeldet, wo das Wasser um mehrere Meter stieg und ungeheure Verwüstungen anrichtete. Namentlich in der Gegend von Burgstädt bis Rochsburg. Auch die Elster und die Pleiße sowie

ihre Zuflüsse führen Hochwasser, so daß viele Orte an den unteren Flußläufen bedroht sind. Die Bahnstrecke Leipzig-Hof war durch einen Dammbruch hinter Altenburg mehrere Stunden gesperrt. Der Jugoverkehr konnte nur durch Umleitung der Züge mit großen Verspätungen aufrechterhalten werden.

Retende Feuerwehrleute ertrunken.

In Bärenstein sind bei den Bergungsarbeiten drei Feuerwehrleute ertrunken. Beim Ueberschreiten einer Brücke brach eine Bohle, und alle drei wurden von den Fluten weggerissen.

Erste Geldhilfe.

Zur ersten Hilfe für die Gebiete der Hochwasserschäden in Sachsen und Preußen hat der Reichsfinanzminister zunächst 1 Million Mark außerplanmäßig zur Verfügung gestellt.

Wolkenbrüche über Bielefeld.

Bielefeld, 11. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Am Sonnabend nachmittag ging über Bielefeld und Umgebung ein schwerer Wolkenbruch nieder. Die Straßen der Stadt waren so überflutet, daß sie vielfach kleinen Seen glichen. Schon in den Nachmittagsstunden mußte die Straßenbahn den Betrieb stilllegen. Die Keller der Sackpulsfabrik Welters wurden völlig unter Wasser gesetzt, so daß im Warenlager unermeßlicher Schaden angerichtet wurde. Die Feuerwehr mußte in 50 Fällen alarmiert werden. Ihre Tätigkeit dehnte sich bis Sonntagabend 7 Uhr aus. Das Wasser drang teilweise bis in die Wohnungen ein, eine ältere Frau wurde von den Wassermassen im Bett überrascht, verlor das Bewußtsein und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Der durch die Ueberschwemmung der Felder angerichtete Schaden ist sehr groß. In der Umgebung waren die Regengüsse so stark, daß der Eisenbahnverkehr auf der Strecke Bielefeld-Hamelin eingestellt werden mußte.

Der unterwasserte Bahndamm im Harz. 31 Jahre auf Geröll.

Ueber das Unglück auf der Harzquerbahn wird offiziell mitgeteilt, daß die Direktion dieser Privatbahn den Unglückszug durch zwei ihrer Angestellten auf der Lokomotive hat begleiten lassen, die beauftragt waren, das Lokomotivpersonal zu überwachen, damit langsam und vorsichtig gefahren und nötigenfalls gehalten werde; das Halten sei aber etwas zu spät erfolgt und dadurch das Unglück geschehen. Nach den bisher getroffenen Feststellungen der Reichsbahnbehörde sei eine vorher nicht sichtbare Unterwässerung die Ursache des Unglücks gewesen. Sollten sich andere Ursachen noch ergeben, für die Menschen verantwortlich zu machen wären, so würde das gerichtliche Verfahren veranlaßt werden.

Danach scheint es, daß das schwere Unglück für sich allein die zuständige Staatsanwaltschaft noch nicht zur Einleitung einer Untersuchung veranlaßt hat. Es wird bestimmt behauptet, daß Stollbergische Forstbeamte schon vor mehreren Jahren darauf hingewiesen hätten, daß der Unterbau nur aus Geröll, mit etwas Erde bedeckt, bestehe, so daß wohl schon in früherer Zeit bedenkliche Unterwässerungen vorgekommen sind. „Sachverständige“ sollen Personen, die auf die Unfallgefahren hinweisen, bedeuten haben, der Bahndamm stehe schon 31 Jahre, da werde er auch weiter stehen!

Die Potsdamer Explosionskatastrophe. Wie das Unglück geschah.

Wie wir bereits in der Sonntagsausgabe mitteilten, entzündete ein Blitzschlag bei dem Unwetter, das am Sonnabend über Potsdam tobte, ein großes Karbidlager der Eisenbahnhauptwerkstätte in der Alten Königstraße 23.

Hier lagerten in den Kellerräumen eines zwölf Meter langen Baues, der auf dem Hof direkt an ein von fünf Familien bewohntes Mietshaus anreißt, etwa 140 Zentner Karbid. Durch das Unwetter wurde das Dach so beschädigt, daß das Wasser in die Kellerräume eindringen konnte. In kurzer Zeit entwickelten sich hier starke Acetylenkugeln, die durch einen Blitzschlag gegen 8 Uhr abends unter starker Detonation entzündet wurden. Die Folgen waren verheerend. Der Gewalt des Luftdruckes bielten die Wände des halbmassiven Gebäudes nicht stand; sie wurden nach allen Seiten geschleudert, das Dach zerbrach in tausend Teile. Auch das Wohnhaus wurde stark in Mitleidenschaft gezogen. Eine Giebelstiege stürzte in sich zusammen und begrub Möbel und anderes Hausgerät unter sich.

Der Feuerschein und die Detonation riefen eine Panik in der Nachbarschaft hervor. Die Bewohner der umliegenden Häuser stürzten auf die Straßen. Kurze Zeit nach der Explosion trat die Potsdamer Feuerwehr mit mehreren Löschzügen an der Unfallstelle ein. Sieben Bewohner des Hauses Alte Königstraße 23, die sich zum Glück keine lebensgefährlichen Verletzungen zugezogen hatten, erhielten von den Rettungsmannschaften erste Hilfe. Dann ging man davon, den Brandherd einzudämmen. Erst nach mehrstündiger Tätigkeit war jede weitere Gefahr beseitigt, und erst am Sonntag mittag waren die Aufräumarbeiten beendet. Das Haus, in dessen Kellern das Karbid lagerte, ist dem Erdboden völlig gleichgemacht. Auch das anrenzende Wohnhaus bietet einen trostlosen Anblick. Der Nebengebäude Teil weist so bedeutende Risse auf, daß jeden Augenblick ein Einsturz befürchtet werden muß. Das Grundstück wird vermutlich der Haxe zum Opfer fallen. — Der langanhaltende Regen hatte auch sonst in den Straßen Potsdams erheblichen Schaden angerichtet. Die Kanalisationsröhre konnten die Wasserwerke nicht mehr aufnehmen, und so kam es vornehmlich in den tieferliegenden Straßenzügen zu katastrophalen Wasseransammlungen. Zahlreiche Keller wurden überflutet, so daß die Potsdamer Wehren ununterbrochen um Hilfeleistung angerufen wurden und bis in die späten Nachtstunden hinein beschäftigt waren.

Gasexplosion in Lichtenberg.

Im Laboratorium des Arbeitshauses in der Hauptstraße 8 zu Rummelsburg ereignete sich gestern nacht gegen 12 Uhr eine folgenschwere Gasexplosion. Zwei starke Mauern wurden durch den Luftdruck nach dem Flur und dem Verbandslager eingedrückt. Die Feuerwehr löschte das entstandene Feuer nach kurzer Zeit und nahm die Aufräumarbeiten vor. Der Sachschaden ist sehr erheblich.

Menschen sind zum Glück nicht zu Schaden gekommen. Die Ursache der Explosion ist vermutlich auf Unvorsichtigkeit zurückzuführen.

Fünf Todesopfer beim Baden.

Im Laufe des gestrigen Sonntags ereignete sich wieder eine größere Zahl von tödlichen Badeunfällen. Beim Durchschwimmen der Spree am Restaurant Rüggelehlöcher ging der 27jährige Arbeiter Gustav Dallow aus der Hermannstraße 220 zu Neufölln plötzlich unter. Obgleich sofort Rettungsversuche unternommen wurden, konnte D. nicht geborgen werden. Der Reichswasserichug suchte bisher vergeblich nach der Leiche des Ertrunkenen. — Bei Glienke versank beim Baden infolge Herzschlages der 15jährige Goldschmiedelehrling Gerhard Schulz aus der Grimauer Str. 65 zu Alt-Glienke in der Havel. Seine Leiche konnte geborgen werden. — In der Lichtenberger Fischbadeanstalt ging am Sonntag nachmittag ein etwa 18- bis 19jähriger junger Mann, dessen Personalien noch nicht festgestellt werden konnten, unter. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden. Nach vorgefundenen Papieren scheint es sich um einen Arbeiter Weiland zu handeln. — Am Freibad Oberschöne weide und in der Rüggele bei Friedrichshagen ertranken beim Baden ebenfalls zwei Personen, deren Personalien noch nicht festgestellt sind.

Auf dem Tegeler See kenterten mittags zwischen 12 und 1 Uhr bei einer plötzlich auftretenden Bö mehrere Segel- und Paddelboote. Glücklicherweise konnten die ins Wasser gestürzten Insassen durch hinzueilende Wasserportier und ein patrouillierendes Boot des Reichswasserichuges in Sicherheit gebracht werden.

Rettung aus Seenot.

Stralsund, 11. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Heute vormittag strandete in der Nähe der Insel Rügen auf dem Swinemünder Hafen die Motorsegeljaht „Kimit“ vom Segelklub Bineta aus Potsdam. Den Boten der Lotenfstation der Insel Rügen gelang es, die Insassen aus höchster Gefahr zu retten.

Itha Rajah in London. Die deutsche Fliegerin Fräulein Itha Rajah, die wegen schlechten Wetters ihren Flug nach London bei Verd an der französischen Küste unterbrochen hatte, ist gestern um 21.35 Uhr auf dem Flugplatz von London eingetroffen.

Rücktransport des Flugzeuges „America“. Der aus Amerika nach Europa gekommene Ingenieur Rintade der Motorenfabrik Bright hat mitteilen lassen, daß das Flugzeug „America“ am Dienstag auf dem „Lesbian“ zum Rücktransport nach Amerika verladen werde.

Potsdamer Justiz.

Gelehrte Richter heben das Koalitionsrecht auf.

Wir berichteten feinerzeit über die einstweilige Verfügung des Potsdamer Landgerichts gegen den Deutschen Textilarbeiterverband, die diesem verboi, die ausgesperrten Spinnerinnen der Fein-Tute-Garn-Spinnerei in Brandenburg a. d. H. zu unterstützen. Gegen diese Verfügung beantragte der Deutsche Textilarbeiterverband richterliche Entscheidung. Die Verhandlung fand am 5. Juli vor der 2. Zivilkammer des Landgerichts Potsdam statt. Am 8. Juli wurde das Urteil verkündet und die vorläufige Verfügung bestätigt.

Dieses ungeheuerliche Urteil nötigt uns, zunächst die Tatsachen nochmals in Erinnerung zu rufen. In einer Verhandlung vor dem Schlichter Bissel am 11. April kam zwischen den Tarifkontrahenten eine Vereinbarung zustande, daß in gewissen Ausnahmefällen eine 5tägige Arbeitswoche geleistet werden könnte, wenn die Betriebsvertretung der Arbeiterschaft die Mehrarbeit für notwendig hält. Erfolgreiche Einigung, dann entscheide ein örtliches Schiedsgericht.

Nach dieser Verhandlung verlangte die Firma die Zustimmung zu einer Wochenarbeitszeit von 54 Stunden, was von der Vertretung der Arbeiterschaft abgelehnt wurde. Das Schiedsgericht kam mit 3 gegen 2 Stimmen zu einem Spruch, der die 54-Stundenwoche für 3 Monate festlegte.

Die Spinnerinnen waren durch fortwährende Lohnabzüge schon gereizt und verweigerten am 1. und 2. Juni länger als 51 Stunden die Woche zu arbeiten, machten also täglich eine halbe Ueberstunde. Am 3. Juni wurden sie striktlos entlassen. Die Firma lehnte jede Verhandlung mit dem Textilarbeiterverband ab, erzwangt gegen diesen die eingangs erwähnte vorläufige Verfügung, die nunmehr durch das Urteil der 2. Zivilkammer des Potsdamer Landgerichts ausdrücklich bestätigt wird. Von den Unternehmern sind die Aussperrten auf die schwarze Liste gesetzt. Kein Betrieb darf die Arbeiterinnen einstellen.

Die Organisation darf die ausgesperrten Arbeiterinnen aber auch nicht unterstützen.

Es verdient noch erwähnt zu werden, daß das Schiedsgericht mit dem 1. Juni in Wirksamkeit trat, seinen Spruch, der gegen den Geist und den Wortlaut des Abkommens verstieß, jedoch bereits am 29. Mai fällte. Schon deshalb kann dem Spruch des Schiedsgerichts keine rechtliche Kraft zuerkannt werden.

Es versteht sich von selbst, daß die organisierte Arbeiterschaft die 275 ausgesperrten Spinnerinnen von Brandenburg über Wasser halten wird. Es versteht sich von selbst, daß der Deutsche Textilarbeiterverband sich dieser Potsdamer Justiz nicht unterwerfen, sondern mit allen Rechtsmitteln seine Rechte, die Rechte der Arbeiter auf freie Koalition bis zur letzten Instanz durchsetzen wird.

Dem preussischen Justizminister, der der Vorgesezte dieser Potsdamer Richter ist, wäre aber dringend zu empfehlen, sich einmal die Akten über diesen Gerichtsbeschluss kommen zu lassen. So kann es nicht weitergehen. Entweder die Arbeiterschaft hat das freie Koalitionsrecht, dann darf man ihr nicht auf zivilrechtlichem Wege die Ausübung unmöglich machen. Oder aber, sie hat es nur insoweit, als es den Unternehmern keine Annehmlichkeiten bereitet. Dann soll man den Versuch machen, die bestehenden Gesetze zu ändern. Aber auf zivilrechtlichem Umweg den Arbeitern, und seien es auch nur ausgesperrte Arbeiterinnen, den Gebrauch des Koalitionsrechtes unmöglich zu machen, das geht nicht. Mit diesem Mißbrauch der Justiz muß Schluss gemacht werden!

Eine erfolgreiche Lohnbewegung.

Aktion der Chauffeure der Metallindustrie.

Am Sonntag fand im Gewerkschaftshaus eine Versammlung der im Verkehrsverband organisierten Chauffeure der Berliner Metallindustrie statt.

Genosse Fromke berichtete über die vor einiger Zeit eingeleitete Lohnbewegung, die jetzt zu einem vorläufigen Abschluß gekommen ist. Als Ergebnis kann festgestellt werden, daß die Bewegung, soweit sich die Betriebe daran beteiligten, zu einem Teilerfolg geführt hat. In einzelnen Betrieben sind Wochenlöhne bis zu 60 M. erreicht worden.

Die Versammlung nahm das Resultat zur Kenntnis und beschloß, die Agitation in den Betrieben energisch fortzusetzen, um zu geeigneter Zeit unter Anspannung aller Kräfte eine weitere Verbesserung der Löhne zu erreichen. Ferner wurde beschlossen, in jedem Betriebe einen Vertrauensmann zu wählen, der mit der Organisationsleitung zur Information in ständiger Fühlung bleibt. Im Einvernehmen mit den Betrieben sollen alle weiterhin notwendig werdenden Maßnahmen von der Organisation getroffen werden.

Kommunisten-Theater bei den Lebensmittelarbeitern.

Die Mitgliederversammlung wieder vertagt.

Die Berliner Ortsverwaltung des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter hatte als Fortsetzung der in der vergangenen Woche infolge vogerückter Zeit vertagten Mitgliederversammlung zu Sonntag vormittag eine Versammlung nach dem Gewerkschaftshaus einberufen. Auf der Tagesordnung stand die Weiterführung der Debatte über die Verschmelzung mit dem Verband der Bäcker, Fleischer und Böttcher. Ferner sollte zum neuen Verbandsstatutenentwurf und zum diesjährigen Verbandstag Stellung genommen werden.

Kaum hatte der Vorsitzende, Genosse Hodapp, die Versammlung eröffnet, als die Kommunisten den Antrag stellten, die Versammlung wegen des schwachen Besuchs abzuheben. Dieser Antrag wurde trotz des Hinweis des Genossen Hodapp auf die Dringlichkeit der herbeizuführenden Entscheidungen mit einer Stimme Mehrheit angenommen.

Das Abstimmungsergebnis war in der Hauptsache darauf zurückzuführen, weil ein großer Teil der Mitglieder erst etwas später im Saal erschien. Die Versammlung war über die kommunistische Ueberwältigung sehr ungeschalt. Bei einem Teil der Kommunisten herrschte lebhafteste Unzufriedenheit über die eigene Regie, die wieder einmal „nicht geklappt“ hatte. Die Kommunisten gerieten sogar untereinander in einen lebhaften Wortwechsel. Sie hatten scheinbar selbst nicht damit gerechnet, daß sie für ihren Antrag eine Mehrheit bei ihren Gesinnungsgenossen finden würden. Am liebsten hätten sie auch für diesen taktischen Mißerfolg die Amsterdamer verantwortlich gemacht. Durch derartiges Theater kann natürlich nicht das geringste für die Mitglieder der Organisation erreicht werden. Das sollte den Lebensmittel- und Getränkearbeitern für die Zukunft eine Lehre sein, sich noch stärker als bisher gegen kommunistische Querschnittsbewegungen zur Wehr zu setzen.

Konflikt der rheinisch-westfälischen Transportarbeiter Ergebnisse Verhandlungen.

Dortmund, 9. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen über die Bezahlung der Ueberarbeit in rheinisch-westfälischen Transportgewerbe vor dem Schlichter in Dortmund wurden zum drittenmal auf unbestimmte Zeit vertagt. Nachdem die Vertreter der Arbeitgeber in den beiden vorausgegangenen Verhandlungen dauernd den Versuch unternommen hatten, den Schlichter

dahin zu bringen, daß die Verordnung vom 14. April 1927, betr. Regelung der Arbeitszeit nicht auf das Verkehrsgewerbe Anwendung findet, haben sie in der Verhandlung vom 6. Juli einen Vorstoß dahin unternommen, den Verhandlungsgang auf die Frage des Vorbereitungs- und Bereitschaftsdienstes zu drängen. Die Vertreter der Arbeitnehmer lehnten es ab, hierüber zu verhandeln, da sie grundsätzlich den Standpunkt vertreten, daß die Arbeitsbereitschaft im Transportgewerbe nicht oder nur in so geringem Maße vorkommt, daß eine grundsätzliche Festlegung hierzu gar nicht erforderlich ist. Nach mehrstündigen Verhandlungen gab der Schlichter den Arbeitgebern auf, den Nachweis zu liefern, in welchen Fällen Vorbereitungs- resp. Bereitschaftsdienst vorliege. Bezeichnend ist, daß die Arbeitgeber bis jetzt nicht in der Lage waren, diesen Nachweis zu führen. Es bedurfte einer Vertagung, damit man sich im eigenen Kreis erst einmal klar werde. Man darf darauf gespannt sein, wie die Arbeitgeber entscheiden, wann der Fuhrmann, der Faktor, oder Besfahrer Arbeitsbereitschaft leistet.

Die Organisation der Arbeitnehmer, der Deutsche Verkehrsbund, erwartet, daß amtliche Stellen diesen, lediglich auf den Profit und Ausnutzung der Arbeiterkraft eingestellten Tendenzen der Arbeitgeber nicht folgen. Streng wird zu überwachen sein, wo in den Betrieben Ueberarbeit geleistet wird, wo über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus länger gearbeitet wird, muß unverzüglich die Aufsichtsbehörde eingreifen. In allen Fällen aber, wo Ueberarbeit nach den Verhältnissen sich erforderlich zeigt und der Sprozentige gesetzliche Ueberarbeitszuschlag nicht bezahlt wird, müssen die Arbeiter gegen die Arbeitgeber klagen; denn ab 1. Juli 1927 sind die Arbeitgeber, da keine anderweitige Regelung vorliegt, verpflichtet, diesen prozentualen Zuschlag zu bezahlen.

Massen- und Betriebsversammlungen der im Transportgewerbe tätigen Arbeitnehmer müssen jetzt den letzten Mann den wirtschaftlichen Organisationen zuführen, damit die in Aussicht stehenden Kämpfe im Transportgewerbe des Industriegebietes bestanden werden können. Der Tarifvertrag der Arbeiter ist am 1. Juli 1927 zum 31. August 1927 gekündigt. Das muß ein Ausposten sein, bis zu diesem Zeitpunkt bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Die Forderung lautet: Achtstundentag auch im Transportgewerbe und Bezahlung nach den hier festgelegten gesetzlichen Bestimmungen.

Mißerfolg der französischen Sardinenfischer.

Der Streik erfolglos beendet.

Paris, 9. Juli. (G.P.) Nach übereinstimmenden Meldungen aus der Bretagne haben die seit mehreren Wochen streikenden Sardinenfischer die Arbeit wieder aufgenommen, und zwar zu den Bedingungen, die ihnen von den Sardinen-Konzernfabriken angeboten worden waren, nämlich 450 Franken für 100 Kilogramm Sardinen, während sie 800 gefordert hatten. Der Rot gehörend haben die Fischer die Arbeit wieder aufgenommen. Es sind aber Unterhandlungen im Gange, um eine große Gewerkschaft, nicht nur der Sardinenfischer, sondern auch der Thunfischer zustandezubringen und den Kampf nachher wieder aufzunehmen.

Vor einem Streik der Wiener Hotelangestellten.

Wien, 10. Juli. (U.) Die Wiener Hotelangestellten haben in einer Vertrauensmännerversammlung beschlossen, im Laufe der nächsten Woche in Streik zu treten, falls ihre befristete Forderung nach einer 15prozentigen Lohnerhöhung von den Hotelbesitzern nicht erfüllt wird.

Verbandstag der holländischen Polizeibeamten.

Amsterdam, 9. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Allgemeine Niederländische Polizeipersonal-Verband nahm auf seiner Generalversammlung, die dieser Tage im Haag stattfand, auch zu der Frage des Anschlusses an den Niederländischen Gewerkschaftsbund Stellung. Ein Antrag Amsterdams ersuchte den Hauptvorstand, eine für jedes Mitglied klare und deutliche Taktik zu befolgen, wobei unter Umständen Fühlung mit bestimmten politischen Fraktionen gesucht werden müsse. Der Amsterdamer Sprecher führte begründend aus, daß die Fraktionen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei jederzeit die Schutzleute unterstützten. Wenn der Verband auch nicht dem Nieder-

ländischen Gewerkschaftsbund angeschlossen sei, so gehe er doch mit dessen Tendenzen parallel. Der Antrag Amsterdam wurde einstimmig angenommen.

Der Streik der chinesischen Schiffsoffiziere.

London, 9. Juli. (U.) Wie aus Schanghai berichtet wird, dauert der Streik der Schiffsoffiziere in der chinesischen Küstenschifffahrt im allgemeinen an. Drei Schiffe konnten allerdings heute ihre Fahrt wieder aufnehmen. Man hofft, in Kürze weitere Schiffe wieder in Dienst stellen zu können.

Deutscher Gewerkschaftsbund, Fachgruppe Betonbau. Dienstag, den 12. Juli, abends 7 Uhr. Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus. Ganal, Tagesordnung: Stellungnahme zum Verbands- und Bundesrat. Aufführung der Kandidaten. Die Kollegen werden ersucht, in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung bestimmt und pünktlich zu erscheinen. Mitgliederbuch legitimiert; ohne dasselbe kein Zutritt. Die Fachgruppenleitung.

Sport.

Rennen zu Grunewald am Sonntag, dem 10. Juli.

1. Rennen. 1. Malloorka (D. Schmidt), 2. Drachenschlacht (Vinsenz), 3. Heibelerche (Wahsch). Ferner lief: Anton. Toto: 15: 10. Platz: 10, 11: 10.
2. Rennen. 1. Jorno (Grabisch), 2. Palamedes (D. Schmidt), 3. Baldspringer (Rehmisch). Ferner liefen: Drubmo, Uferer, Cap der Ostmann, Sonne d'Or. Toto: 23: 10. Platz: 11, 11, 11: 10.
3. Rennen. 1. Waghölder (Barga), 2. Teutone (Grabisch), 3. Malloorka (Vinsenz). Ferner liefen: Graue Theorie, Wall, Prospero, Jüsti Emma, Curacao, Stammherr. Toto: 48: 10. Platz: 23, 23, 23: 10.
4. Rennen. 1. Wagh Jong (Barga), 2. Lampos (D. Schmidt), 3. Indigo (Hanel). Ferner liefen: Ellenlangler, Perro, Ausbund, Torero. Toto: 85: 10. Platz: 21, 16, 21: 10.
5. Rennen. 1. Bergmeister (R. Lottas), 2. Schaltenmorelle (Rehmisch), 3. Lagora (Weiler). Ferner liefen: Spekulation, Jostrot, Fürtenruf. Toto: 34: 10. Platz: 14, 14: 10.
6. Rennen. 1. Janovitz (Bösel), 2. Original (Barga), 3. Klida (Gannes). Ferner liefen: Jolan, Keolis, Orgel. Toto: 30: 10. Platz: 16, 15: 10.
7. Rennen. 1. Belgoländer (Rehmisch), 2. Labred (Guguenin), 3. Schneberg, Gebrü. Ferner liefen: Hanna, Teerofe, Oran, Verjehoune, Jormolus, Tarzen, Dominikus, Galanova, Adjantium, Koftra, Rante. Toto: 172: 10. Platz: 48, 23, 51: 10.

Länderwettbewerb im Metropol-Variété.

Der sehr gut besetzte Haus nahm gestern Abend der interessante Ringier-Wettbewerb seinen Fortgang. Der Dortmunder Mezzobass und Pietro Scholz-Berlin kamen nach 15 Minuten schweren Kampfes zu keinem Ergebnis. Als nächstes traten die Berliner Kader-Ostpreußen und Romantiker auf. Letzterer, der immer noch zu den besten Ringierern gezählt werden muß, legte den Ostpreußen durch sieben Schützerbedeutend, nach 19, 20 Minuten, auf die Waage. Im Treffen Rekt d'm. Elend gegen Omieze n's. Ukraine fing die Kraft über die Technik nach 15 Minuten erlag der schlaue Ukraine durch Einwirkung der Heide. Tugos-Rußland und der Kölner Kochmanns lieferten den spannendsten und interessantesten Entscheidungskampf. Der Russe, der alle Ringierkämpfe anwenden mußte, um den gefährlichen Angriffen des Kölner Ritters zu entgehen, legte diesen durch plötzlichen Überarmgriff mit Schieber auf die Schulter. Gesamtergebnis: 60 Minuten. — Vom Sonnabend ist nachgetragen. Der Junge Torneo entzog sich den Ostpreußen aber durch Untergriff von vorn. Ringier: 21 Minuten. Durch einen Unschick ereignete sich ein Kampf-Berlin nach 14 Minuten Kampf gegen Pietro Scholz. Der Berliner Rekt d'm. Elend nach dem letzten Charakterbühnen Philipp nach 17 Minuten mit Untergriff von vorn zu Boden. Tugos-Rußland konnte im Entscheidungskampf unerwarteter Weise den schweren Dortmunder Mezzobass nach 44 Minuten mit plötzlichem Ueberrollen schlagen. W. d. m. s. d. Berlin und Schuppe-Samstag sind bereits mit je 5 Niederlagen aus dem Länder-Wettbewerb ausgeschieden. Die Kämpfe beginnen jetzt bereits am 21. Juli.

Fußballwettkämpfe bei der Schutzpolizei.

Der Reichsausschuss für Polizeisport hatte am Sonntag nach dem Stadion an der Chausseestraße eingeladen. Zu Beginn der Wettkämpfe hatte sich eine große Anzahl von Zuschauern eingefunden. Das Spiel begann kurz nach 3 Uhr. Die Berliner grüßen sofort an, konnten aber keinen sofortigen Erfolg erzielen. Nach einem heftigen Kampf ergab die Berliner Mannschaft nach 35 Minuten das erste Tor. Zwei Minuten nach Halbzeit konnte Berlin mit einem abermaligen Tor durch die Sachsen überlegen. Es gab einen Kampf, bei dem leider auf beiden Seiten nicht ganz fair gespielt wurde. Nach einer Minute vor Schluss des Spiels konnten die Sachsen bei einem heftigen Kampf am Ball aus einem Ausfall heraus in das Berliner Tor landen. Sie hatten so das Spiel gewonnen. Das Spiel endete mit dem Siege Berlins mit 2:1 (1:0). Bedauerlich ist nur, daß der schön angelegte Spielplatz nicht mit Rasen belegt ist. Der Rasenbelag beeinträchtigt nämlich die Leistungen einzelner Fußballspieler.

Verantwortlich für Text: Wictor Schiff; Wirtschaft: G. Altinghoffer; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Freizeitsport: Dr. John Schiffmann; Lokales und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: Th. Glöckner (amtlich in Berlin). Verlag: Formdies-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formdies-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Staats-Theater
Opernhaus
a. Platz d. Republ.
8 Uhr.

Tosca

Volksbühne
Theater am Glowplatz
Täglich 8 Uhr:
Zu ebener Erde
und erster Stock

Die Komödie
Bismarck 2414/7516
9½, Ende nach 10 Uhr
Der keusche
Lebemann
Sommerpr. 3—10 M.

Wer probt, der lobt!
Täglich frische
Gras-
Butter 1.40
und 1.60 pro Pfund.
Wegner, Berlin SO
Mariannenstraße 34

Pumpen,
Mehrs. Filter,
Ersatzteile
Koblanck
Pumpenfabrik
Berlin N 65,
Reinickendorfer Str. 55

Sinalco hält Ermattung nieder
stärkt Schaffenden die müden Glieder.



Sinalco ist stärkend,
erfrischend, bekömmlich, da aus
bestem Zucker und naturreinen
Fruchtaromen hergestellt.

Überall zu haben
Generalvertrieb Starik & Brüger G.m.b.H.,
Landsberger Allee 6-7, Telefon: Alexander 4703,
Königsplatz 1666.

WINTERGARTEN
Yvette Girard
mit dem Karikaturen-Ballett
und die
11 Juli-Novitäten 11
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet

Verkäufe
bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene Kleiderstoffe, Esmas, Anzüge, Gehörbinne, Gummiartikel, Uhren, Anzüge, Faltenmäntel, für jede Figur passend. Spezialität: Rauchanzüge, feinstillig, Halopern, Kofen, Halterstrasse 4, erste Etage.
Von Kavaliere wenig getragene so-
wie neue Herrenanzüge verkauft
Spottbillig Velhaus Friedrichstraße 2,
Reins Bombardier.
Besuch von hochinteressanten Gesell-
schaftsanzeigen, Rosenholzstraße 4,
Rosden 6000.

Verteilen, Schubkarren, Einzelsäber,
Wägen, Federn, Seifen, Eichen, Gabel,
Probierenstraße 10, Marienplatz
12 738.

Musikinstrumente
Pianoforte, überaus preiswert, Piano-
fabrik Vint, Brunnenstraße 35.

Fahrräder
Drei Mark Wochenrate, 15 Mark An-
zahlung, für ein erschlossenes Warten-
rad, Rohrhaus Zentrum Eichen-
straße neuhaben.

Möbel
Patentmatratzen, Primissima, Re-
inhalten, Auflegematratzen, Chaise-
longues, Walter, Elgerstraße 10, ap-
schen, Spezialgeschäft.

Kaufgesuche
Reinickendorfer, Schmiedestraße, Quer-
siedler, Rinn, Hefel, Silberfächer,
Christians, Köpenickerstraße 20 (Wan-
zeulstraße).

Gesundheit ist Geld!

Die vier- bis fünfhöckerigen Mahllöhne unseres Gebisses sind die Vorrichtungen, welche äußerlich die Einstellung unseres Körpers auf den Genuß von Pflanzenstoffen verraten. Innerlich fühlen wir die Zweckmäßigkeit der frischen Frucht am gesteigerten Stoffwechsel und daraus abzuleitenden allgemein gehobenen Lebensgefühl.

Ess' mehr Früchte und Ihr bleibt gesund!

Täglicher Genuß frischer Früchte ist kein Luxus, sondern Notwendigkeit. Frische Früchte gibt es zu jeder Jahreszeit.

Das im Bild wiedergegebene Kochbuch ist zum Preise von 25 Pfg. durch alle Buchhandlungen oder gegen Einsendung von 35 Pfg. (einschl. Verpackungsspesen) durch den Verlag William Wilkens, Hamburg 1, Ballinhaus, zu haben.